

# blickpunkt

Nr. 255  
März 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

## DKP-Fraktion fordert Aufklärung



Im Februar-"blickpunkt" druckten wir FAG-Ausbaupläne ab, die bisher in der Öffentlichkeit noch nicht zu sehen waren. Der stellv. FAG-Aufsichtsratsvorsitzende Schölch hat die konkreten Pläne mittlerweile bestätigt. Danach soll im Süden der US-Air Base, direkt am Nordrand Walldorfs, demnächst ein riesiges Frachtzentrum entstehen.

Der Flughafen selbst verweist auf weiter steigende Flugzahlen. Die Zahl der Passagiere sei im Vergleich zum Januar des vergangenen Jahres mit 2156000 um fast 18 Prozent gestiegen. Im Sommer soll es zu einer Steigerung der Flugbewegungen von 7,5% kommen. Es wird also noch mehr Krach und Dreck geben. Über die Ausbaupläne erfahren die Flughafen-Anliegerstädte meist erst aus der Presse. Deshalb hat die DKP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung jetzt nachfolgenden Antrag gestellt:

*Die Stadt Mörfelden-Walldorf organisiert bis zum Mai '92 eine öffentliche Informationsveranstaltung über die Flughafenausbaupläne. Zu dieser Veranstaltung werden Vertreter der Landesregierung und der FAG eingeladen.*

In der Begründung heißt es:

Seit Monaten jagen sich immer neue Versionen von Ausbauplänen für den Flughafen Frankfurt. Meist erfahren die Anliegergemeinden und die Einwohnerinnen und Einwohner der umliegenden Städte erst aus den Medien, was gerade wieder geplant wird. Sollte noch vor kurzem die Okrifteler Straße erneut verlegt werden, so liegen jetzt neue Pläne der FAG für den

Ausbau im Süden des Flughafens innerhalb der Einzäunung des Betriebsgeländes vor. Danach soll bis zum Jahr 2010 das gesamte Gelände zwischen der US-Air Base und dem nördlichen Stadtrand von Walldorf völlig bebaut werden. Die erste Ausbaustufe der "Cargo City Frankfurt" soll bereits 1994 erreicht sein. Damit zeichnen sich erneut stärkere Belastungen für die Bürger unserer Stadt - vor allem im Stadtteil Walldorf - ab. Wieder sollen Bäume gefällt werden, Fluglärm und Flugzeugabgase werden zunehmen. Offensichtlich setzen die Chefs der FAG und die politischen Verantwortlichen in Frankfurt, Wiesbaden und Bonn auf die Vergeßlichkeit der Flughafenanwohner. Aber wir vergessen nicht, daß das Vorge-

hen der FAG seit Jahr und Tag dasselbe ist, wenn es um die Vorbereitung von Flughafenerweiterungen geht: schlechte Information der Betroffenen, weitgehende Schaffung von Tatsachen, Rückendeckung durch Politiker auf höherer und höchster Ebene durch Ausnutzung wirtschaftlicher Macht. So wurde vor allem die Startbahn 18 West gegen den Widerstand einer ganzen Region durchgesetzt, um den Vorrang wirtschaftlicher und militärischer Interessen zu unterstreichen und der Staatsraison Geltung zu verschaffen. Nachdem die Startbahn in den Wald betoniert war, hieß es in Wiesbaden, "es wird nie mehr ein Baum für die Erweiterung des Flughafens fallen!" Tatsache ist: Seit

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Seite 1)

Jahren wird am Flughafen weiter gerodet. Und es sieht nicht so aus, als wolle die Landesregierung der FAG in den Arm fallen.

Viele Probleme in unserer Stadt, ja im gesamten Flughafenumland, die unmittelbar mit dem Flughafen zusammenhängen, sind bisher nur unzureichend in die Diskussionen eingeflossen, was bei der Informationspolitik der FAG kein Wunder ist. Zunehmende Flächenversiegelung, wachsender Verkehrs- und Siedlungsdruck, kaum noch zu bezahlende Wohnungen, immer größere Schwierigkeiten, die Ver- und Entsorgung

im Ballungsgebiet zu gewährleisten - diese Themen haben die FAG bisher genau so wenig interessiert, wie alle anderen vom Flughafen ausgehenden Belastungen für die Menschen. Für sie hat sich dem grenzenlosen Wachstum, dem Profit alles andere unterzuordnen.

In diesem Zusammenhang ist der Verzicht auf die Erbenheim-Nutzung durch privaten Flugverkehr, nach dessen Aufgabe durch die US-Air-Force, zu begrüßen. Der Luftraum ist überfüllt, eine FAG-Ausdehnung auf den nur 20 km entfernten Flughafen würde keine Entlastung für unsere Stadt bedeuten.

Wir lehnen jeden weiteren Ausbau des Flughafens Frankfurt ab. Am Flughafen darf kein Baum mehr gefällt werden. Wir verurteilen die verwirrenden Planspiele der FAG und fordern Vorstand und Aufsichtsrat auf, ihre langjährige Vorgehensweise kritisch zu überdenken. Im Interesse der Bürger unserer Stadt und der vielbeschworenen "guten Nachbarschaft" fordern wir die FAG auf, ihre langfristigen Pläne in einer öffentlichen Veranstaltung in Mörfelden-Walldorf offenzulegen. Bei dieser Veranstaltung müssen auch betroffene Bürger und Vertreter der Stadt zu Wort kommen.

## Schluß mit dem Griff in unsere Taschen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft auf

### zur Protest-Kundgebung auf dem Römerberg in Frankfurt, Samstag, den 28. März 1992 um 11.00 Uhr

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben es satt! Wir sind nicht die Milchkühe der Nation!

#### WORUM GEHT ES?

SOZIALABBAU - STEUERBETRUG - WOHNUNGSNOT - MIETWUCHER - STEIGENDE PREISE  
KRANKHEITSREFORM - WACHSENDE ARMUT - ERHÖHUNG DER MWST

#### Stichwort: Tarifrunde

Die Tarifrunde 1992 wird von den Unternehmern unerträglich verschärft. Sie suchen die totale Konfrontation mit den Gewerkschaften.

- Im Bereich der Banken mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.
- In der Metallindustrie mit der IG Metall.
- In die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes mischen sich Politiker und andere ungebetene Ratgeber ein und machen Stimmung gegen die Beschäftigten und die Gewerkschaften.

In anderen Wirtschaftsbereichen das gleiche Bild. Auch dort gehen die Unternehmer auf Konfrontationskurs:

- Gegen die Gewerkschaft IG Bau-Steine-Erden, gegen die Gewerkschaft Textil Bekleidung, gegen die IG Medien und die IG Chemie-Papier-Keramik.

#### Stichwort: Deutsche Einheit

Sowohl im Osten als auch im Westen der Bundesrepublik sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Deutsche Einheit alleine finanzieren. Neuerdings auch noch mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer. Dies ist ungerecht und schont die Unternehmer.

#### Stichwort: Lebenshaltungskosten

Das Leben im Rhein-Main-Gebiet ist für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allmählich unbezahlbar. Wir sagen der Wohnungsnot und dem Mietwucher in Frankfurt und der Region den Kampf an!

*Auf ein volles Jahr mit stetigem Aufschwung können die Neubürger in Ostdeutschland zurückblicken - bei den Preisen. Die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stieg in den neuen Ländern um 26,7 Prozent.*

# Zwei Jahre Lügen vom Aufschwung Ost

Wie das mit dem Durchschnitt so ist: Für einen Zwei-Personen-Haushalt bei Rentenempfängern lag die Preiswelle bei 29,8 Prozent. Das tägliche Essen wurde in zwölf Monaten um 9,2 Punkte teurer. Die Dienstleistungen und Reparaturen stiegen um 24,7 Prozent, die Mieten (im Durchschnitt) explodierten mit 296,7 Prozent. Der Bundestagsabgeordnete im Minister-rang, "Professor" Günther Krause aus Mecklenburg-Vorpommern, jubelte in diesen Tagen, im Osten steige 1992 das Wirtschaftswachstum um satte 12 Prozent. Das sei endlich der Aufschwung. Krause reihte sich ein in eine Lügenkette, die seit zwei Jahren Perle um Perle länger wird.

Helmut Kohls Lieblingskandidat der DDR, der Stasi-Spitzel Wolfgang Schnur, versprach im Wahlkampf zur Volkskammer Anfang 1990, wenn die "Allianz für Deutschland" die Wahl gewinne, komme direkt der Aufschwung. Schnur verschwand in der Versenkung, Helmut Kohl ließ seinen neuen Statthalter in der DDR, Lothar de Maizieré, den Aufschwung mit dem Beginn der Währungsunion versprechen. Sie kam, der Aufschwung Ost nicht. Nach den Landtagswahlen im Herbst 1990 versprach die einstige SED-Blockflöte, jetzt blitzartig gewendete CDU den Aufschwung. Die Wähler glaubten ihnen, wählten die von Bonn gewünschte Partei mit satten Mehrheiten in die ostdeutschen Landtage - aber er kam wieder nicht. Dann sollte er direkt nach der Bundestagswahl im Dezember 1990 endlich eintreffen. Und 1991 sahen ihn die Bonner im Frühjahr, Sommer und Herbst kommen - aber der Aufschwung Ost ist nicht da. Der ehemalige Volksschullehrer und Ex-

CDU-Mitglied Jürgen Möllemann, nun FDP-Mitglied, hatte ihn im Herbst 1991 schon prompt ausgemacht und medienwirksam verkündet - er ist trotzdem nicht da. Fast alle Zahlen in den neuen Ländern müssen genauer betrachtet werden, denn sie sollen etwas vorgaukeln, was es nicht gibt.

Der Ostberliner Bürgerrechtler Jens Reich hat sich von der Regierung der DDR nichts vorrechnen lassen, von den Bonnern aber auch nicht. Alle Zahlenangaben, so wies er nach, beziehen sich auf das Jahr 1989 mit einer einigermaßen florierenden Wirtschaft in der DDR. Zumindest für die Verhältnisse des Ostblocks. In den beiden darauffolgenden Jahren sank die Industrieproduktion einmal um 50 Prozent, dann noch einmal um 30. Inzwischen steht sie hinter Portugal an letzter Stelle in Europa. Wenn 1993 der "phänomenale Aufschwung" - so Reich - von nur acht Prozent einsetze, dann brauchte er 14,27 Jahre, um den Stand von 1989 zu erreichen - das wäre im Jahr 2007. Dann ist aber noch kein Gleichstand erreicht. Bleibt die Entwicklung im Westen bei einem jährlichen Zuwachs von vier Prozent, dann wäre der Wachstumsgleichstand, von dem Helmut Kohl ständig redet, nach 58,2 Jahren erreicht. Fast 60 Jahre, bis in Ost und West gleiche Lebensbedingungen herrschen. Ob Günther Krause mit seinen Angaben nur im Rausch der Zahlen oder einem anderen war, bleibt offen. So will er seine Wähler zumindest vernebeln. Auch die Zahlen über die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland dienen eher der Verschleierung denn der Aufhellung. Gerechnet wird stets vom Beschäftigtenstand des Jahres

1989. Seitdem haben aber viele Bürger die DDR verlassen und ein Großteil pendelt zwischen Ost und West. Die Westwanderung hält an. Würde vom tatsächlichen Stand der Arbeitskräfte der Gegenwart gerechnet, wäre die prozentuale Zahl erheblich höher als sie Nürnberg stets angibt. Beim Arbeitsamt Sternberg bei Schwerin sind 18,3 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung ohne feste Arbeit. Damit liegt Sternberg hinter Strausberg bei Berlin an zweiter Stelle der Negativtabelle in den neuen Ländern. Aber auch diese hohe Zahl ist beunruhigend falsch. Die angesehenen Zeitung "Wochenpost" berichtete über Sternberg und zitierte den dortigen Amtsleiter Günther Scheuermann. In dem Blatt heißt es: "Ohne feste Arbeit sind weit mehr. Kurzarbeit, ABM, Vorruststand, Fortbildung und Umschulung bereinigen die Statistik. So erhöht sich die Zahl derer, die heute nicht mehr in dem Beruf arbeiten, mit dem sie vor kurzem noch ihre Brötchen verdienten, auf mehr als das Doppelte." Somit gibt es, wenn Zahlen harte Fakten nennen sollten, im Bereich des Arbeitsamtes Sternberg eine Arbeitslosigkeit von gerade 40 Prozent. Retuschiert und verdreht erscheinen jedoch nur 18,3 Prozent in der Statistik, was immer noch dramatisch hoch ist. Konrad Adenauer wird der Spruch nachgesagt, es gebe die Unwahrheit, die Lüge und die Statistik.

(Aus: IG Medien Forum 4/92)

**Jede Spende hilft dem  
»blickpunkt«!**



# Asylanten in der 10. Generation

von Walter Gahn

Die Aufnahme von Asylanten, ihre Integration und das Verhalten der Einwohner des Gastlandes ihnen gegenüber ist in unseren Tagen brandaktuell. Kaum jemand ist sich bewußt, daß dies kein neues Thema ist: Vor etwa drei Jahrhunderten wurde unsere Gegend von mehreren Wellen von Asylsuchenden förmlich "überrollt". Obwohl die wirtschaftlichen Bedingungen damals allgemein ungleich schwieriger waren als heute, ist doch die Integrierung im großen und ganzen gelungen.

Die Wallonen, Hugenotten und Waldenser, alles Verfolgte aus religiösen Gründen, haben - um in unserer Region zu bleiben - noch heute blühende Gemeinwesen gegründet (Friedrichsdorf, Dornholzhausen, Neu-Isenburg, Walldorf), bauten in vorhandenen Städten neue Stadtteile (Hanau) oder wurden in größeren Gruppen von dazu bereiteten Gemeinwesen aufgenommen. Bad Homburg, Offenbach, Frankfurt. Mancher Ansiedlungsversuch aber mißlang auch (Neu-Kelsterbach).

Die Schwierigkeiten, die wir heute haben, lassen ahnen, daß die Neuankömmlinge sich damals schier unlösbaren Problemen gegenüber sahen. Wie sie sich letztlich im Laufe von 10 Generationen lösten und bedeutungslos wurden, sei am Beispiel Walldorf einmal versuchsweise nachvollzogen. Mit Sicherheit war es in den anderen Neusiedlungen ähnlich.

Abgesehen von ihrem ungewohnten südländischen Äußeren war das zunächst die Sprachbarriere, die aber im privaten Bereich relativ schnell abgebaut war. Offiziell, in Verwaltung und Kirche, ging man in Walldorf um 1815 von der französischen zur deutschen Sprache über.

Der Wechsel zur Sprache des Aufnahmelandes wurde durch verschiedene Faktoren begünstigt. Der wirtschaftliche Verkehr mit den Nachbargemeinden wurde natürlich in

deutsch abgewickelt, da blieb den "Welschen" gar nichts anderes übrig. In den schon relativ früh geschlossenen "Misch-Ehen" hatte die französische Sprache immer die schlechteren Karten. Bei Heiraten zwischen Partnern aus verschiedenen Orten ist allgemein ein Phänomen zu beobachten, das es auch in Walldorf gab: junge Männer heirateten oft Frauen aus dem Nachbarort, aber blieben in der Heimat-Gemeinde wohnen. In unserem Fall bedeutet das, daß Kinder der in Walldorf wohnhaften Waldensischdeutschen Familien in der Sprache der Mutter aufwuchsen - also deutsch. Das wird in den Fällen, wo sich auswärtige Männer Walldorfer "französische" Frauen holten, genauso gewesen sein. Da letztere aber eine verschwindend kleine Minderheit im jeweiligen Ort darstellten, ist dort die französische Muttersprache bald erloschen.

Dieser Prozeß setzte schon relativ bald ein, so daß die offizielle Einführung der deutschen Sprache in Walldorf nur die Sanktionierung einer vorhandenen Tatsache war.

Ungleich schwieriger war der tägliche Kampf um die wirtschaftliche Existenz der Siedler. Von Anfang an empfanden die Nachbarn, in unserem Fall besonders die Mörfelder, die zusätzlich zu versorgenden Menschen als Eindringlinge, die ihnen (scheinbar) etwas wegnahmen. Dabei ist es eine Tatsache, daß nie einem Mörfelder Bürger etwas "geraubt" wurde: die den 14 Waldenserfamilien zugewiesene "Ur-Gemarkung" war Brachland im äußersten Norden der Mörfelder Gemarkung, aus dem Eigentum des Landgrafen.

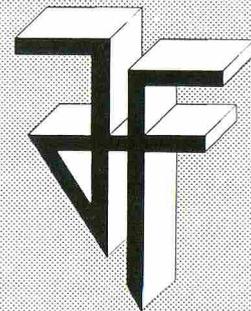
Die mündlich überlieferten, noch um die letzte Jahrhundertwende nicht seltenen Rangeleien um Grasplätze, Leseholz usw., lassen die sicher ungleich heftigeren Aggressionen der Anfangszeit nur ahnen. Heute, in unserer allgemeinen Wohlstandsgesellschaft, spielen solche Aspekte keine ernste Rolle mehr - gleichwohl es solche Verhaltensmuster gegenüber Fremden noch gibt.

Die damaligen Differenzen ließen sich umso leichter abbauen, als die Flüchtlinge in einer Region siedelten, die heute zu den wirtschaftlich stärksten

in Europa gehört. Die früher einzige Grundlage - die Landwirtschaft - hat bei weitem nicht mehr das Gewicht wie damals. Die Nachkommen der damaligen Asylanten sind heute in der glücklichen Lage, unabhängig von Größe oder Qualität ihres Landbesitzes an dem auf Industrie, Handel und guter Infrastruktur basierenden Wohlstand genau so zu profitieren, wie andere auch.

Das bedeutet nicht, daß es nicht immer wieder einmal zu gutmütigen Frotzeleien kommt. Alte Walldorfer können es heute noch nicht überwinden, daß man 1977 mit Mörfelden zwangs-fusioniert wurde. Man hat sich arrangiert; aber gelegentlich versucht man doch, den anderen "etwas zu beweisen".

*Aus: "Landschaft Dreieich", mit freundlicher Genehmigung des Verfassers*



**Jaekel  
und  
Fröbig**

**Bauunternehmen**

Martinstraße 32  
6087 Büttelborn  
Telefon 061 52/53237  
und 81409

**Maurerarbeiten  
Außenanlagen  
Umbau - Ausbau**

## Kurz notiert

### Weitere Gebührenerhöhung

Es reißt nicht ab. Die Belastungen werden immer höher. Nach den Steigerungen für Kanal und Wasser zum Beginn des Jahres ist nun eine weitere Gebührenanhebung auf der Tagesordnung. Da die Musikschule, die bisher unter dem Dach der Kreisvolkshochschule angesiedelt war, in städtische Regie übernommen wird, sollen die Gebühren drastisch steigen. Begründung: Die Honorare für die Musiklehrer müssen steigen, weil andere Kommunen mehr bezahlen. Deshalb ist die Personaldecke knapp geworden. Seit Jahren sind keine Zuschüsse vom Kreis oder Land für die Musikschule mehr geflossen. Das Defizit mußte aus dem Stadtsäckel beglichen werden.

Es bleibt abzuwarten, ob die Eltern ihre Kinder auch noch nach der Erhöhung so zahlreich zur Musikschule schicken. Kostete die musikalische Früherziehung und Grundkurs (Blockflöte und Melodica) für die 4- bis 10-jährigen bisher 150 DM im Jahr, so sind in Zukunft 240 DM zu berapen. Der Gruppenunterricht (für Gruppen von 3 bis 4 Schülern) steigt am wenigsten. Bisher 300 DM im Jahr, künftig 420 DM - also "nur" 40% Steigerung. Am stärksten dagegen (80%) klettert der Einzelunterricht II (2 Schüler) statt 400 DM sind 720 DM zu zahlen. Für den Einzelunterricht ist mit 1080 DM im Jahr statt bisher 800 die 1000-DM-Grenze überschritten.

620 Kinder besuchen derzeit die Musikschule. Sie ist zu einem wichtigen Faktor im Kulturbetrieb unserer Stadt geworden. Es wäre mehr als schade, wenn die Finanzen der musischen Erziehung Einhalt gebieten würden. Es ist jedenfalls ein weiterer Beweis, daß wir kein kinderfreundliches Land sind. Rudolf Dötsch

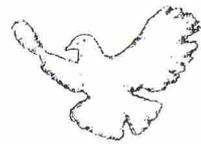
### Peinlich

Als die DKP-Fraktion zum Haushaltsplan '92 einen Antrag gegen Ausländerfeindlichkeit vorlegte, da stimmten SPD und GBL dem Antrag nicht zu. Der Antrag beinhaltet u.a. eine Plakataktion gegen Ausländerfeindlichkeit in Mörfelden-Walldorf durchzuführen, "die Gestaltung der Plakate wird als Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler an der Bertha von Suttner-Schule vorgeschlagen." Der Antrag wurde an das Friedensforum zur Beratung verwiesen, aber das Gremium hat seitdem nicht mehr getagt. SPD und GBL legten nun einen eigenen Antrag für eine Plakataktion in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Rundfunk vor. Zu spät, denn der Termin für eine Beteiligung an der Aktion "Ohne uns - Ausländerfeindlichkeit Nein Danke" ist abgelaufen. Die Grüne Bürgerliste entschuldigt sich damit, daß der Antrag schon zum Haushalt im November vorliegen sollte, aber die Post den Koalitionspartner nicht rechtzeitig

erreicht hat (die Wege sind eben auch weit in Mörfelden-Walldorf). Wer selbst einen unfertigen Antrag in der Tasche hat, kann natürlich nicht dem Antrag einer anderen Partei zustimmen, schon gar nicht 1 Jahr vor der Kommunalwahl. Der Antrag der Koalition läuft jetzt ins Leere. Zuviele Worte, zuwenig Taten. Zumal diese parteiegoistische Politik von SPD und GBL den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern überhaupt nichts nützt. Der Antrag der DKP-Fraktion gehört umgehend verwirklicht. Die Stadt kann jederzeit eine eigene Plakataktion starten und phantasievollen Schülerinnen und Schüler das Motto hierfür gestalten lassen. Helga Fritz

Probeexemplare bestellen!  
Hoffnungstraße 1  
4300 Essen 1

Zeitung  
der DKP



### Besuch russischer Kinder aus dem Kreis Bychow

Die Friedensinitiative Mörfelden-Walldorf organisiert in der Zeit vom 15. Juli bis Ende August '92 für 25 Kinder aus der Kreisstadt Bychow (Weißrussland) einen Ferienaufenthalt in Mörfelden-Walldorf (wir berichteten). Zur Finanzierung der Kosten von ca. 40.000 DM ist die Friedensinitiative auf eine breite Unterstützung angewiesen. Spenden können Sie auf die Konten der Walldorfer Volksbank BLZ 508 652 24, Konto Nr. 100045560, Kreissparkasse Groß-Gerau, BLZ 508 525 52, Konto Nr. 6060602 - Stichwort: Kinder aus Bychow. (Die DKP-Fraktion hat der Friedensinitiative bereits 250,- DM überwiesen.)

Übrigens: Wer hat Interesse bei der Planung und Durchführung des Ferienaufenthaltes mitzuarbeiten? Zudem werden noch russische Übersetzer/innen gesucht. Die Friedensinitiative trifft sich 14-tägig (Termine in der örtlichen Presse beachten) im ev. Gemeindezentrum Walldorf.

## Solidarität mit Kuba

Ein Tanker Öl  
für Kuba

Spendenkonto:  
Postgiroamt Köln  
Konto-Nr. 253525-502,  
BLZ 37010050,  
Stichwort: Kuba

# Wenn Opa zum Pflegefall wird

## Sittenverfall

Jede Familie kann es jederzeit aus heiterem Himmel treffen: Opa oder Oma, die sich bisher ganz gut selbst versorgen konnten, werden plötzlich durch Sturz oder Schlaganfall zu Schwerstpflegefällen, müssen Tag und Nacht betreut und beaufsichtigt werden. Ist endlich nach langer, schwieriger Suche ein Heimplatz für sie gefunden, beginnen für alle Beteiligten die finanziellen Sorgen.

Denn die Heimkosten, die sich nach der jeweiligen Pflegestufe richten, sind gepfeffert. Ein Platz in der höchsten, personalintensivsten Pflegestufe kostet in unserer Umgebung pro Monat rund 3500 bis 4500 Mark. Beträge in solcher Höhe können nur wenige Selbstzahler aufbringen: Im Durchschnitt verfügen deutsche Rentner über 1700 Mark im Monat.

Zunächst werden Pension, Rente oder sonstige Einkünfte des Pflegebedürftigen zur Bezahlung der Heimkosten herangezogen. Wenn das Geld nicht ausreicht, springt die Heim-Abteilung des Sozialamtes ein - und holt sich, wenn möglich, einen Teil des Geldes von den nächsten Verwandten zurück. In den letzten Jahrzehnten ist das Sozialamt immer mehr in die Rolle des Nothelfers hineingeschlittert, weil viele alte Leute das geforderte Geld nicht besitzen. Auch die, die ihr Leben lang gearbeitet haben, werden auf diese Weise im Alter zu Sozialhilfeempfängern. Bevor das Sozialamt seine Zahlkasse öffnet, werden die Vermögensverhältnisse des Pflegebedürftigen überprüft und seine Ersparnisse bis zu einem "Schonbetrag" (rund 4000 Mark) zur Deckung der Heimkosten verwendet. Auch Eigentumswohnungen oder Häuser können - zum Entsetzen der künftigen Erben - dafür vereinnahmt werden. Es sei denn, sie wurden mindestens zehn Jahre vor Beginn der Pflegebedürftigkeit an die potentiellen Erben überschrieben. Kluge ältere Leute regeln das rechtzeitig mit ihren Kindern, kann man da nur sagen.

Wenn das Vermögen der alten Menschen aufgebraucht ist, werden Verwandte erster Ordnung in auf- und

absteigender Linie durch die Generationen zu Zahlungen aufgefordert, also Kinder oder Eltern -und der Ehepartner. Vor dieser Unterhaltsverpflichtung kann sich niemand drücken. Sie besteht ein Leben lang.

Hier gibt es dramatische Beispiele. Da hat etwa eine Familie ihr ganzes Geld in einen Hausbau gesteckt und jede Mark auf Jahre hinaus verplant. Plötzlich muß sie für einen Pflegebedürftigen Verwandten aufkommen. Sie kann den Bau nicht mehr weiterführen, denn die Unterhaltungspflicht hat Vorrang vor allem anderen, so will es der Gesetzgeber.

Die Höhe der Unterhaltsbeträge handelt das Sozialamt mit den Verwandten frei aus. Konkrete Zahlen sind wegen der individuellen Unterschiede nicht zu nennen, auf jeden Fall liegt der Restbetrag, über den die Verwandten monatlich für sich verfügen können ("Selbstbehalt"), noch "deutlich über den Sozialhilfebeträgen".

Auf Härtefälle wird Rücksicht genommen. So kann zum Beispiel die Tochter einer pflegebedürftigen Frau, die mit ihrer Mutter kaum Kontakt hatte und bei Pflegeeltern aufgewachsen ist, von der Unterhaltsverpflichtung ausgenommen werden. Nur eine Pflegeversicherung, mit der das Pflegefall-Risiko finanziell abgesichert wird, könnte in Zukunft den Druck der Zahlungsverpflichtung von den Verwandten nehmen und zur Entlastung des Sozialhaushalts beitragen. Bis Mitte dieses Jahres wollen die Bonner Regierungsparteien sich über ein Modell einigen.

.....  
● **Einfach anrufen . . .** ●

● *Sicher haben Sie schon oft* ●  
● *gedacht -* ●

● *"das wär was für den* ●  
● *"blickpunkt".* ●

● *Also, demnächst einfach* ●  
● *anrufen!* ●

● *Tel. 23366, 22362, 3335, 3859.* ●  
● .....

Die tägliche "DDR-Aufarbeitung" lenkt so schön ab. Wer denkt noch an Flick-Skandale und den kriminellen FDP-Grafen, an die Parteien-Selbstbedienungsmentalität, wenn man Wandlitz, das alberne und unendlich basisferne Politghetto, im Fernsehen vorgeführt kriegt.

Aber ab und zu sollte man doch mal wieder unsere richtig schönen hiesigen, hausgemachten Skandale benennen. Zum Beispiel folgenden:

Die staatlichen Zuschüsse für die Bundestagsfraktionen betrugen 1965 13,1 Millionen DM. 1991 kassierten die Fraktionen die Rekordsumme von 104,2 Millionen DM. Die parteinahen Stiftungen bekamen 1965 13,1 Millionen DM aus dem Steuersäckel, heute 550 Millionen DM.

Diäten, Zuschüsse, 5,- DM pro Wähler aus dem Haushalt machen für die politischen Parteien insgesamt die Summe von 1 000 000 000,00 DM aus (eine Milliarde)! Und das pro Jahr.

Verglichen mit den staatlichen Zuschüssen für die Parteien von 1965 macht das eine Steigerung von 800 Prozent aus.

Im "Einheitsjahr" kassierten einige Parteien besonders gut. An der Spitze liegt hier die SPD mit 343 Millionen, dicht gefolgt von der CDU mit 321 Millionen Mark. Die CDU hat darüber hinaus einige Millionen kassiert, die von Zuschüssen an die ehemalige Volkskammer-CDU stammten.

Genug der Zahlen. Die Thesen von der Durchschaubarkeit der Parteien, des "gläsernen" Abgeordneten, der demokratischen Kontrolle, der parlamentarischen Aufsichtspflicht sind zutiefst verlogen. So wie einer vor Gericht auf die Nase fällt, der die Polizei oder die Staatsanwaltschaft des Übergriffs bezichtigt, so hält das Parteienkartell von CDU, CSU, FDP und SPD zusammen, blockt jede Kritik von außen oder aus den eigenen Reihen ab, macht weiter nach dem Motto: "Augen zu und durch".

Diätenerhöhungen sind immer schnell beschlossen. Eine ordentliche Pflegeversicherung (wer den nebenstehenden Artikel gelesen hat, weiß sie ist mehr als notwendig) die dauert und dauert . . .

# Stadtgeschichten



So sah noch vor wenigen Jahrzehnten die Mörfelder Langgasse im Bereich der evangelischen Kirche aus. Links, das im oberen Teil schön verschindelte alte Lehrerhaus mußte der Kreissparkasse weichen. Rechts neben der Kirche ist die im gleichen Stil erbaute einstige Bürgermeisterei zu sehen, an deren Stelle sich heute eine Grünanlage befindet. Aber auch viele andere charakteristische Häuser wurden in dieser Straße abgetragen, so zum Beispiel das alte Oberforsthaus, mit großem parkähnlichem Baumbestand, auf dem sich heute die Volksbank, das Rathaus und ein Einkaufsmarkt befinden.



Auch die sogenannten Bergmannshäuser am südlichen Ende der Langgasse, zum Eck und die ehemalige Burg, auf deren Grund heute der HL-Markt steht, fielen der Spitzhacke zum Opfer. Der alte Hausbestand war damals nichts mehr wert - euphorische Kommunalpolitiker hatten ihre Freude an Sichtbeton gefunden. Heute kauft die Stadt dagegen für sehr viel Geld Häuser auf, die nicht so gut erhalten sind als die damals abgerissenen. Trotzdem sind diese Maßnahmen im Rahmen der Stadtkernsanierung zu begrüßen.

## DKP-Frauentag-Veranstaltung war ein voller Erfolg

Wieder einmal gab es in unserer Stadt nur eine Organisation die eine Frauentag-Veranstaltung organisierte. Diesmal ging es um Solidarität mit den Frauen Lateinamerikas.

Die Lehrerin Gretel Bühler gab einen beeindruckenden Bericht.

Chilenische Handarbeiten wurden verkauft und über 400 Mark wurden gesammelt: Milch für Kubas Kinder.



Warnstreik der HBV auch bei der Volksbank Mörfelden. "Für bessere Tarife - Wir haben es verdient" - Stimmt!